



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. März 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **A 561 Anfrage Jung Gerda und Mit. über die Lehren aus der Corona-Zeit in der Alterspolitik – Erkenntnisse für die institutionelle Langzeitpflege im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Gerda Jung ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Gerda Jung: Ich danke der Regierung für die umfangreiche und klärende Antwort zu meiner Anfrage über die Lehren aus der Corona-Zeit in der Alterspolitik – Erkenntnisse für die institutionelle Langzeitpflege. Sie zeigt auf, dass die Nähe des Kantons zu den Institutionen gegeben ist und die Aufsicht zum Wohl der Bewohner und der Institution lebt und wo möglich unbürokratisch gehandelt wird. Aufsicht heisst auch Begleitung zur Entwicklung, nicht nur Kontrolle. Ein Miteinander von Kanton und Institutionen mit ihren Kompetenzen ergibt eine bedarfsgerechte Langzeitversorgung. Ich erachte es als sehr wichtig und zentral, dass die Versorgung in unserem Kanton professionell, vertrauensvoll und mit einer gewissen Fürsorge gelebt wird. Erstaunt hat mich die Antwort zu Frage 4: «Weiter ist aufgefallen, dass der Informationsfluss zwischen der operativen und strategischen Ebene zu relevanten Gegebenheiten im Betrieb nicht immer einwandfrei gewährleistet war.» Ich frage mich, wie kompetent die strategischen Gremien in unseren Institutionen sind. Es wird zwingend eine gewisse Fach- und Führungskompetenz benötigt. Es geht um Menschen, um Strukturen und um Aufträge mit gesetzlichen Grundlagen. Man benötigt betriebswirtschaftliches Wissen und muss beurteilen können, ob die operative Ebene gut unterwegs ist. Strategische Aufgaben sind nicht operative Aufgaben. Sie sind die Steuerung der Zukunft des Unternehmens, das Wort «Strategie» sagt es. Die Zuständigkeiten müssen diesbezüglich klar definiert sein. Es braucht Kontrolle und wo nötig Massnahmen und zudem entsprechende Transparenz. Um die Aufgaben auf der strategischen Ebene kompetent auszuführen, gibt es empfehlenswerte Weiterbildungsmöglichkeiten. Ich weiss auch, dass es vorbildliche und gut funktionierende strategische Gremien in unserem Kanton gibt, ob in der Stadt, in der Agglomeration oder in ländlichen Gegenden. Diesen allen gilt grosse Hochachtung und ein herzlicher Dank.

Gertrud Galliker-Tönz: Die Fragen in der Anfrage von Gerda Jung sind interessant und zeigen die Vielschichtigkeit von Aufsichtsfragen. Alle vier Jahre überprüft die Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) in Heimen, ob die Bewilligungsvoraussetzungen und das Wohlergehen von Bewohnenden in Heimen gewährleistet sind. Für die Überprüfung der Schutzkonzepte während der Pandemie wurde die Aufsicht intensiviert. Die Regierung attestiert den Heimen eine gute Arbeit in den schwierigen Zeiten der Pandemie. Ich denke, da ist für einmal an alle, die in diesem Bereich tätig sind, auch an diejenigen, welche die Aufsicht wahrnehmen, ein Dank mehr als angebracht. Die Pandemie hat aufgezeigt, wie wichtig ein stabiles, tragfähiges, aber auch flexibles System ist, dies auf strategischer wie

auch auf operativer Ebene. Die Regierung sieht zwar, dass der Informationsfluss zwischen den operativen und strategischen Ebenen zu relevanten pandemischen Gegebenheiten nicht immer einwandfrei gewährleistet war, aber Hand aufs Herz: Welche Organisationen wurden nicht von der Pandemie auf dem linken Fuss erwischt? Wir haben mit ihr nicht gerechnet. Der Wert interdisziplinärer Zusammenarbeit wurde aber klarer denn je. Die Zusammensetzung der strategischen Organe und deren Zusammenarbeit mit der operativen Ebene ist nicht Bestandteil der Aufsicht des Kantons. Wir hoffen aber dennoch, dass die DISG bei den Besuchen alle vier Jahre gegebenenfalls Empfehlungen zu Verbesserungen auch in diesem Bereich abgeben kann. Die Grünen und Jungen Grünen danken der Regierung für die differenzierten Antworten auf die gestellten Fragen.

Marianne Wimmer-Lötscher: Die Pandemie beherrscht unser aller Leben seit nun über zwei Jahren, die einen mehr, die anderen weniger. Wir müssen der Pandemie nun bald Herr werden, denn die ständige Präsenz und der Anpassungsbedarf strapazieren sehr. Rückblickend muss ich festhalten, dass in der ersten Phase der Pandemie die Risiken in Pflegeheimen unterschätzt wurden und der Fokus zu sehr auf die Akutspitäler gerichtet war. Die Institutionen fühlten sich mit ihren Sorgen und Ängsten sowie mit den Beschaffungsproblemen von Schutzmaterialien und personellen Unterstützungen nicht gehört. Es folgte dann eine Periode des partnerschaftlichen Einbezugs des Fachverbandes Curaviva. Fortan gestaltete sich die Zusammenarbeit konstruktiv und sehr unterstützend. Hierfür bedanke ich mich im Namen der Institutionen bei der Regierung und ihren Dienststellen. Über regelmässige Reportings konnte sich die DISG ein Bild über die pandemische Entwicklung in den einzelnen Institutionen machen und wo nötig aktiv eingreifen. Seit der Aufhebung der meisten Massnahmen und wieder steigenden Fallzahlen bei mildereren Verläufen ist das Verständnis für die restriktiven Massnahmen in Pflegeeinrichtungen kaum mehr vorhanden. Das Tragen der Masken wird problemlos akzeptiert, die Ausbruchstestings aufgrund der Erfahrungen werden aber nicht mehr verstanden. Es sind nicht zu unterschätzende Strapazen für Bewohnende und Mitarbeitende, und sie sind auch mit einem grossen Aufwand verbunden, dies obwohl die Schnelltests bei neuen Varianten kaum mehr anzeigen. Unbestritten bleiben PCR-Tests bei symptomatischen Personen. Hier wäre eine Überprüfung der Vorgaben angezeigt. Wie der Regierungsrat richtig festhält, liegt bei den Betriebsleitungen eine grosse Verantwortung zur Bewältigung der Covid-Situation: Schutz und Pflege der vulnerablen Menschen, die auch bei personellen Engpässen keinen Aufschub dulden, der Umgang mit dem Dilemma Autonomie versus Schutz, finanzielle Belastungen, Personalausfälle, Fachkräftemangel und Weiteres. Die Institutionen haben für ihre Leistungen grössten Respekt und Anerkennung verdient. Die Versorgung der pflegeabhängigen Menschen in Pflegeheimen geht längst weit über die grundpflegerische Versorgung hinaus und setzt eine hohe Fachkompetenz voraus. So hat eine gute pflegerische Versorgung ihren Preis. Daher sollte dies in Zukunft bei der Pflegefinanzierung anerkannt und berücksichtigt werden, und der gemeinsamen Planung in den Versorgungsregionen muss noch mehr Gewicht eingeräumt und Kooperationen müssen geprüft werden.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Zuerst möchte ich wirklich den Alters- und Pflegeheimen danken. Danke für die schwierige Arbeit, die sie während der Corona-Pandemie zusätzlich geleistet haben. Das war wirklich sehr anspruchsvoll. Die Lehren wurde noch nicht fertig gezogen, da müssen wir nochmals dahinter. Wir wollten sie jetzt noch fertig analysieren, aus Zeitgründen werden wir das aber verschieben. Diese Aufgaben haben wir noch zu erledigen. Der Start war schwierig und anspruchsvoll. Am Anfang standen die Akutspitäler im Fokus, erst in der zweiten Phase kamen die Alters- und Pflegeheime und die Sozialinstitutionen dazu. Dort haben wir gelernt. In der Taskforce Corona hat Curaviva sehr geholfen. Diese Lehre nehme ich persönlich mit. Die Umsetzung der Impfung hat hervorragend funktioniert. Ich bin extrem stolz auf unsere Alters- und Pflegeheime, welche das autonom organisiert haben. Das waren aber zusätzliche Arbeiten, die geleistet wurden. Es wurde auch am Samstag und am Sonntag geimpft. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich erlaube mir zwei kritische Bemerkungen: Eine Lehre

werden wir ziehen: Betriebswirtschaftliches Wissen allein genügt nicht in einer Pandemie, dafür braucht es weitere fachliche Kompetenzen. Das möchten wir auswerten, denn wir möchten auch ein Feedback für die Ausbildung geben. Betriebswirtschaft ist viel, aber auf die fachliche Führung sind wir angewiesen. Eine zweite Bemerkung: Wir hatten sehr viele Kontakte mit Angehörigen, die sich vermehrt an die DISG oder das Gesundheits- und Sozialdepartement wandten, insbesondere im Zeitraum des Besuchsverbots. Als wir das Besuchsverbot gelockert haben, kamen wieder Rückmeldungen. Das war anspruchsvoll. Es gab Personen, die ein Besuchsverbot nicht einsahen, es gab nach den Lockerungen aber auch Personen, die nicht verstanden, dass wir dieses Risiko eingehen. Das ist ein ethisches Dilemma: Schutz gegen Autonomie. Das müssen wir noch einmal fertigdenken. Wie wollen wir das in Zukunft machen? Ich bin überzeugt, dass es auch in Zukunft solche Krisensituationen geben wird. Wir müssen eine Güterabwägung vornehmen, bei welcher der Mensch im Alters- und Pflegeheim in Zentrum steht. Trotzdem haben wir diesbezüglich als Kanton sowie die Gemeinden und die Alters- und Pflegeheime eine Verantwortung.